

Nicht genug auf der hohen Kante

Verdacht erhärtet sich: Atomkonzerne immer weniger in der Lage, Müll auf eigene Kosten zu entsorgen

Bernd Müller

Lange Zeit haben deutsche Energiekonzerne mit ihren Atomkraftwerken satte Gewinne erwirtschaftet. Nun bestehen allerdings Zweifel, dass sie selbst für ihre Altlasten geradestehen können. Eine neue Studie ergibt: Handelt die Bundesregierung nicht schnell, wird am Ende der Steuerzahler zur Kasse gebeten.

Die von der grünen Bundestagsfraktion in Auftrag gegebene Analyse bestätigt: Die Atomkonzerne sind zwar verpflichtet, für die Kosten des Rückbaus der Kraftwerke und für die Endlagerung des Mülls Rückstellungen zu bilden, und beisammen hatten sie dafür bis Ende 2014 rund 38 Milliarden Euro. Doch ob die Summe ausreicht, ist alles andere als sicher.

Die Rückstellungen jedoch sind nicht frei verfügbar, sondern fest angelegt. Wie sie gebunden sind, sei allerdings nicht ersichtlich, schreiben die Professoren Wolfgang Irrek und Michael Vorfeld von der Hochschule Ruhr West (HRW) als Autoren der Studie.

Nachdem sie verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten für Stilllegung, Rückbau und Ewigkeitslasten geprüft haben, kommen sie zu dem Schluss: »Sowohl bei E.on als auch bei RWE ist festzustellen, dass die vorhandene materielle Substanz derzeit höchstens annähernd ausreicht, um die Gesamtheit langfristiger Verpflichtungen decken zu können.« Das liegt vor allem daran, dass die Unternehmen wegen des Booms von Ökostrom und bestehenden Überkapazitäten am Strommarkt immer weniger Geld einnehmen und ihre Anlagen stark an Wert verlieren.

Nur E.on wäre laut Studie heute in der Lage, die notwendigen Mittel aufzutreiben. Vermögenswerten und Beteiligungen im Wert von rund 56 Milliarden Euro stünden langfristige Verpflichtungen im Wert von rund 55 Milliarden Euro gegenüber. Im Falle RWE ergäbe die Gegenüberstellung einen Schuldenberg von zehn Milliarden Euro. Die Autoren befürchten, dass sich die Lage bei beiden Unternehmen noch verschärfen könnte.

»Der Wert der technischen Anlagen und Maschinen sowie der Beteiligungen von E.on und RWE ist in 2014 gegenüber dem Vorjahr zum Teil deutlich gesunken«, heißt es in dem Bericht. Wenn die Geschäfte weiterhin schlecht laufen, bestünden »Risiken, dass die heute noch vorhandene Substanz in den nächsten Jahren noch weiter geschmälert wird«, denn bei den »fossilen Kraftwerken« sei keine Verbesserung der Margen in Sicht.

Bereits im März hatte das Bundeswirtschaftsministerium bei der Kanzlei Becker Büttner Held ein Gutachten in Auftrag gegeben. Damals kamen die Autoren ebenfalls wie Irrek und Vorfeld zu dem Ergebnis, dass im schlimmsten Fall »erhebliche Kosten« auf den Steuerzahler zukommen. Denn sollten die Versorger nicht in der Lage sein, ihren Verpflichtungen nachzukommen, müsste der Staat einspringen.

Die Bundesregierung beschwichtigt und erklärt, die Energiekonzerne bei den langfristigen Kosten des

Atomausstiegs weiterhin in die Pflicht nehmen zu wollen. »Das geltende Recht ist ziemlich klar«, sagte der Sprecher des Wirtschaftsministeriums, Tobias Dünow, am Mittwoch in Berlin. »Die Konzerne haften für sämtliche Kosten, die durch den Rückbau und die Endlagerung der Atomkraftwerke, mit denen sie ja über viele Jahre viel Geld verdient haben, entstehen.«

Im Gegensatz zu den Regierungsplänen empfehlen die Professoren, den Konzernen die Rückstellungen abzunehmen, solange das noch möglich sei, und sie in den nächsten Jahren in einen öffentlich-rechtlichen Fonds zu übertragen. Dem haben sich Vertreter sowohl der Grünen als auch der Linkspartei angeschlossen.

Die Konzerne selbst sehen dazu allerdings keinen Grund und weisen dies Ansinnen zurück. Die Rückstellungen seien angemessen und vorhanden, behaupten RWE und E.on. Ein Fonds sei deshalb nicht nötig.

<http://www.jungewelt.de/2015/07-31/014.php>